

EU-Neuansiedlungsrahmen

70 Millionen Migranten?

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die Bilder der nach Europa hereinflutenden Afrikaner haben sich in unsere Köpfe eingebrannt. Doch das war nur der Anfang. Denn die EU will bis zu 70 Millionen Migranten ansiedeln.



2015 gab Deutschland unter der Selfie-Kanzlerin jede migrationsrechtliche Rechtsstaatlichkeit auf. Das Land zeigte – nicht zum ersten Mal – wahnhafte Züge und verlor komplett die Kontrolle. Neue, multinational organisierte Verbrechersyndikate verdienen nun Millionen mit dem Menschenschmuggel. Der Islamische Staat kassiert mit und schleust nebenbei menschliche Trojaner ein. Wer nun meint, die elitären Vordenker in den Staaten und Stiftungen arbeiteten an der Lösung des selbst geschaffenen Problems, der täuscht sich. Denn die Neuansiedlung ist erklärtes Ziel der EU. So nachzulesen in der «Migrationsagenda» der EU-Kommission.

Befürworter der extremen Einwanderung

Jean-Claude Juncker, Präsident der EU-Kommission und Vieltrinker, hatte vor seiner Wahl eine Art Grundsatzprogramm veröffentlicht. Zum Thema Migration schrieb er: «Ich möchte eine neue europäische Politik zur legalen Migration fördern. Ich möchte, dass Europa zumindest so attraktiv wird wie die beliebtesten Migrationsziele Australien, Kanada und USA.» Bei seinem Amtsantritt übertrug Juncker deshalb Kommissar Dimitris Avramopoulos, Befürworter einer extremen Einwanderung, den Bereich Migration. Am 3. Dezember 2015 erklärte dieser: «In den nächsten zwei Jahrzehnten werden mehr als 70 Millionen Migranten nötig sein.» Ziel ist es nicht, die illegale Migration einzuschränken, sondern diese zu legalisieren.

Erleichterungen von Heimatüberweisungen

Unter dem Titel «Eine neue Migrationspolitik» doppelt die EU nach: Angesichts des Bevölkerungsrückgangs brauche Europa legale Zuwanderung und solle daher seine Attraktivität durch eine Überprüfung des «Blue Card»-Systems erhöhen. In der Integrationspolitik seien neue Prioritäten zu

setzen, und die Vorteile legaler Migration in den Herkunftsländern müssten greifbarer gemacht werden, unter anderem durch die Erleichterung von Heimatüberweisungen. Bis Ende Oktober wird die Kommission neue Vorschläge präsentieren, mit dem Schwerpunkt auf legalen Einreisewegen.

Das EU-Neuansiedlungsprogramm

Zentrales Element dieser irrwitzigen Politik («aufbauend auf den bisherigen Erfolgen») ist das sogenannte EU-Neuansiedlungssystem. Das aktuelle Programm soll in den kommenden zwei Jahren mindestens 50'000 zusätzliche Muslime nach Europa bringen. Die Neuansiedlung aus der Türkei und dem Nahen Osten müsse fortgesetzt werden. Zugleich soll aber die Neuansiedlung gefährdeter Menschen aus Nordafrika und vom Horn von Afrika stärker in den Fokus rücken, vor allem aus Libyen, Ägypten, Niger, Sudan, Tschad und Äthiopien. Zur Unterstützung der Neuansiedlungsbemühungen stehen 500 Millionen Euro bereit.

Geplante Migranten-Invasion

Zudem will die Kommission die Mitgliedstaaten ermutigen, private Patenschaften einzurichten, die es privaten Gruppen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglichen, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften Neuansiedlungen zu organisieren und zu finanzieren. Das Neuansiedlungsprogramm soll also die forcierte Migration staatlich und privat fördern.

Ob das zutrifft oder nicht: Fakt ist, dass die EU plant, zusätzlich zur Flüchtlingswelle jedes Jahr zehntausende islamische Migranten in Europa anzusiedeln.

Hermann Lei

Lachen verboten!



Ein Fremder kam zum Hühnerstall,
die Hühner fett und faul und prall,
sie bürgerten den Fremden ein,
er sollte auch ein Hühnchen sein.
Bald tat kein Huhn mehr einen Mucks.
Der neue Bürger war ein Fuchs.

Oskar Freysinger



Einbrecher? Nicht bei uns! Mehr Sicherheit für die Schweiz!

Schützen Sie sich und Ihre Familie jetzt mit dem Frühwarnsystem gegen Einbrecher von safe4u – für Ihr sicheres Zuhause

Kontakt:

Christoph Ziegler 076 389 02 15

Alexander Haring 079 822 93 75

Besuchen Sie uns an der OLMA 2017 Halle 1.0.15

Schweizerzeit – sichere Zeit» www.safe4u.ch